GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich 14. Oktober 2019 Nr. 64

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Es tut mir leid und es tut weh, aber leider können wir wenig Hoffnungsvolles aus Guatemala berichten. Die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Kongresswahlen lassen wenig hoffen. Über den Wahlprozess aus eigenen Erfahrungen als Vizepräsidentschaftskandidatin der Partei Winaq erzählt uns Liliana Hernández, die im letzten November unsere Veranstaltung zum Nickelunternehmen Solway mitgestaltete. Sie schreibt, dass sich die weisse Elite seit der Unabhängigkeit an der Macht hält und über die indigene Bevölkerung rassistisch und diskriminierend regiert.

Zum selben Schluss komme ich in meinem Bericht über Solway und die aktuellsten Geschehnisse in El Estor.

Überall in Guatemala, wo sich Indigene im Kampf für ihre Rechte erheben, droht den gewaltlos kämpfenden Menschenrechtsverteidiger*innen Leid, Gefängnis und immer mehr Repression. Dies beschreibt Manuel Respondek, der vor einigen Monaten seine Feldforschung in Ixquisis im Departement Huehuetenango durchführte, über die er am 11. November an einer Veranstaltung des Guatemala Netz berichten wird.

Und leider müssen wir Abschied nehmen von Julia Esquivel, Dichterin und unerschrockene Kämpferin für die Rechte der Guatemaltek*innen. All unseren guatemaltekischen Freund*innen und Kämpfer*innen ist die Hoffnung gemeinsam, dass Guatemala bessere Zeiten erleben und endlich erblühen wird.

Barbara Klitzke

Eine Parade zum Nationalfeiertag Guatemalas in Q'eqchi'-Gebiet. Die Bevölkerung der 22 Gemeinden, über die ein Ausnahmezustand verhängt wurde, wurden vom Militär in Lastwagen zusammengeführt. Ein Bild wie aus den 1980er Jahren.
Foto: Simone Dalmasso, Plaza Publica, 15.9.2019

Es fehlt noch viel, aber ich habe mein Maiskorn dazu beigetragen

Im Juni 2019 wurden in Guatemala Wahlen durchgeführt. Seit der Unabhängigkeit vor 198 Jahren wurde das Land von in Guatemala geborenen Nachkommen der Spanier regiert, welche die wirtschaftliche und militärische Elite vertraten und rassistisch, diskriminierend gegen die indigene Mehrheit der Bevölkerung vorgingen. Viele Regierungen sind nur Dank Wahlbetrug oder Staatsstreiche an die Macht gekommen. Seit 1985 werden die Wahlen zwar demokratisch durchgeführt, aber diese Regierungen sind geprägt von Korruption. In der ganzen politischen Geschichte Guatemalas gab es noch nie eine*n indigene*n Präsident*in oder Vize-Präsident*in und es gab noch nie eine Regierung, welche die Diversität des Landes widerspiegelt oder tiefgehende strukturelle Veränderungen angestrebt hätte.

Die indigene Bewegung Guatemalas hat sich in all diesen Epochen kämpferisch gezeigt. Es gab Rebellionen, Proteste, Demonstrationen und es gelang, wenn auch minimal, in die öffentlichen Räume der staatlichen Strukturen zu dringen. So enthielten z.B. die Friedensabkommen, welche dem 36 Jahre dauernden bewaffneten Konflikt 1996 ein Ende setzten, einige Forderungen der indigenen Völker.

Ein anderer Versuch, Einfluss auf die Veränderung des rassistischen, diskriminierenden, monokulturellen und patriarchalen Staats zu nehmen, war die Gründung von Parteien. So wurde vor mehr als 10 Jahren die Politische Bewegung Winaq gegründet. Im Verlauf der Jahre hat die Bewegung den Fokus und die Strategie verändert und die Partei geöffnet für Mestiz*innen und Ladin*as, die sich mit den Prinzipien der Partei identifizieren. In diesem Kontext ist auch meine Partizipation als indigene Frau zu sehen.

Ich bin eine Maya-K`iche, 42 Jahre alt, Mutter von drei Kindern. Ich bin Anwältin, spezialisiert auf die Verteidigung und Umsetzung der kollektiven Rechte der indigenen Völker und wohne in der Gemeinde Cantel im Departament Quetzaltenango. Ich bin die älteste von vier Geschwistern, meine Mutter hat mit 15 Jahren geheiratet und hat ihr Leben lang *huipiles* bestickt. Mein Vater war Arbeiter in einer Texilfabrik und Bauer. In den 80er-Jahren, während der schlimmsten Zeit des bewaffneten Konflikts, war ich fünf Jahre alt. Ich sah durch das Fenster die Panzer vorbeifahren und fragte meinen Vater, was ein Guerillero sei. Er hiess mich zu schweigen und warnte mich vor den Konsequenzen, wenn ich auf dieses Thema insistierte.

Ein paar Jahre später entdeckte ich, dass mein Vater Bücher und Zeitschriften versteckt hatte. Ich begann zu lesen, erfuhr über die Geschichte des Landes und darüber, was unter der Regierung von General Ríos Montt geschah. In meinem jungen Verstand haben sich diese Geschichten eingebrannt und ein Gefühl der Empörung gegenüber der Justiz geschaffen. Später erfuhr ich, dass es verboten war, gewisse Literatur zu lesen, und man deswegen verhaftet, gefoltert oder getötet werden konnte.

Als Mädchen hörte ich auch die Geschichten meiner Grosseltern über weisse Richter, die uns Indígenas betrogen und sich unser Land unter den Nagel rissen. All das bewog mich dazu, an der Universität Recht zu studieren und Anwältin zu werden. Ich wollte meiner Gemeinde, meinem Volk helfen. Ich wollte wissen, wie der Staat funktioniert und weshalb es so schwierig ist, auf dem Instanzenweg etwas zu erreichen und weshalb die Justiz für die Leute immer weiter in die Ferne rückte. Deshalb arbeite ich seit 22 Jahren in sozialen Organisationen und engagiere mich seit 10 Jahren bei Winaq. Die politische Arbeit interessiert mich, obwohl ich weiss, dass Politik keinen guten Ruf hat und mit Korruption assoziiert wird. Ich hatte damals noch keine Aspirationen auf ein Amt, ich wollte einfach dieses politische Instrument stärken.

Doch selbst in der politischen Arbeit stosse ich immer wieder auf Hindernisse, denn es fehlt überall am Bewusstsein, dass Frauen doppelter und dreifacher Belastungen ausgesetzt sind und es eine affirmative Politik braucht, um Frauen gleichberechtigt miteinzubeziehen. Es gibt Männer, die glauben, dass Frauen sich einfach ihren Raum nehmen müssen, dabei gibt es diesen Raum für uns oftmals gar nicht. 20. Januar 2019 wurde ich als Vize-Präsidentschaftskandidatin für die Partei Winaq gewählt. Es war ein historischer Moment, denn meine Kandidatur als in-

In der Mitte Liliana Hernández auf ihrer Wahltournee, im Mai 2019 Foto: prensa comunitaria

digene Frau entsprach einem sozialen Bedürfnis nach tiefgehender Veränderung in der korrupten Politiker-Klasse des Landes. Es öffnete auch den Weg für andere indigene Frauen sowie für Indigene generell, denn mit meiner Kandidatur wurde das traditionelle System herausgefordert, das normalerweise Kandidat*innen aufstellt, welche der ökonomischen Elite des Landes dienten.

Es brauchte Mut zu aktzeptieren, dass wir mit ungleichen Voraussetzungen in diese Wahlen gingen. Winaq verfügte für die Kampagne über ca. 380‘000.00 Quetzales (knapp 50‘000.00 CHF) im Vergleich zu den rund 7 Mio. (900‘000.00), über welche die Regierungspartei FCN verfügte. Wir hatten einen immensen ökonomischen Nachteil gegenüber den Millionen, über die Andere Dank nicht deklarierten Schwarzgeldern verfügten.

Wir hatten drei Monate Zeit für unsere Kampagne. Unsere Strategie war es, nahe beim Volk zu sein, wir besuchten abgelegene Gemeinden, besuchten die Märkte und sprachen 1:1 mit den Leuten, vor allem mit den Frauen. Es gab immer Leute, die uns kritisierten, die gegen uns und von der Politik frustriert waren. Es gab aber auch Leute, die uns um Flugblätter baten, die sie weiterverteilen wollten. So konnten wir auch mit kleinem Budget viel erreichen.

Wir sind sehr stolz, dass wir 230‘000 Voten erhalten haben, was 5,21% aller abgegebenen Stimmen bedeutet. Wir haben somit den siebten Platz erlangt, hinter sechs Parteien, die bekannt dafür sind, dass sie ihre WählerInnen klientelistisch behandeln und mit Geld oder Waren die Stimmen kaufen.

In den Medien wurden wir oft mit Rassismus konfrontiert. In einem Interview befragte man mich zu kontroversen Themen wie Gender, Abtreibung und die gleichgeschlechtliche Heirat und was ich von den sog. Landbesetzungen halte. Sowohl der Präsidentschaftskandidat wie auch ich antworteten auf diese Fragen ehrlich und unserer Ideologie entsprechend. Aber am Schluss war ich es, die einem Shitstorm ausgesetzt war. Auf Twitter wurde ich als „India“, „Caituda“ (von Caite = Sandalen) beschimpft, als Terroristin und als Taugenichts. Da wurde mir wieder einmal bewusst, dass uns Indigenen immer noch das Stigma anhaftet, dass wir allesamt Terrorist*innen oder Kommunist*innen seien. Offenbar fühlt sich das System bedroht von uns, wenn wir uns wagen, es anzugreifen und unsere Rechte und unser Territorium zu verteidigen. Denn Diskriminierung ist nichts anderes als ein Ausdruck von Angst.

Während der Wahlkampagne war unser höchster Wert die Ehrlichkeit, wir versprachen nicht mehr als das Mögliche. Ich habe die Ahnen der Maya um Schutz gebeten, denn ich wusste, dass sie entschieden hatten, dass ich diesen Weg gehe. Ich bin sicher, dass die Frauen und die indigenen Völker ihre polttische Partizipation verstärkt haben und sich differenziert für einen pluralen Staat und ihre Anerkennung als Subjekte einsetzen. Ich habe gelernt, dass die ökonomischen Hürden, die Distanz zwischen der Stadt und dem Land, die Trennung von der Familie sowie strukturelle Probleme wie der Machismo und Rassismus einen nicht davon abhalten dürfen, aktiv zu sein. Denn genau das will das kapitalistische und patriarchale System erreichen.

Für die indigenen Völker bleibt es eine Herausforderung, die Kontrolle zurückzuerlangen über die natürlichen Güter, über unsere Spiritualität und unsere Art zu Leben, uns zu organisieren und Politik zu machen. Wir sind noch weit davon entfernt. Trotzdem müssen wir vorwärtsschauen und wir haben die ersten Schitte getan. Im Pop Vuh heisst es: „Es werde Tag, es komme die Morgenröte“. Unsere Hoffnung, dass sich die Völker befreien, stirbt nicht.

Liliana Hernández

Ausnahmezustand und ein Schweizer Nickelunternehmen in El Estor

Eigentlich wollte ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, berichten, wie es dazu kam, dass das guatemaltekische Verfassungsgericht Mitte Juli die zeitweilige Suspendierung der Aktivitäten der Compañía Guatemalteca de Níquel CGN, Tochtergesellschaft der in Zug ansässigen Solway Investment Group, verfügte. Aber die Ereignisse überschlagen sich. Die Zusammenhänge von Ausbeutung der Rohstoffe in Komplizenschaft mit der Regierung und lokalen korrupten Machthabern sind komplex, werden aber auch immer offensichtlicher.

Beginnen wir von vorne. Das Guatemala-Netz Zürich ist Teil einer Gruppe, die 2017 begonnen hat, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen des guatemaltekischen Nickelunternehmens CGN zu verfolgen. Mit deren Muttergesellschaft Solway sind wir in einen Briefwechsel getreten und forderten sie als verantwortliches Unternehmen auf, ihre Sorgfaltspflicht zu erfüllen und den Forderungen der lokalen Bevölkerung zu entsprechen. Ebenso baten wir das Unternehmen, von der juristischen Verfolgung von Fischern, die die mutmassliche Umweltverschmutzung des Nickelunternehmens anklagten, abzulassen und mit ihnen in einen Dialog zu treten.

Solway verneint alle Anschuldigungen, fühlt sich nicht in der Pflicht, „kriminelle Personen" zu entlasten und argumentiert, dass CGN alle Umwelt- und Sozialstandards erfülle. Unsere Kritikpunkte konnten wir nicht belegen, bis das Netzwerk für investigativen Journalismus *Forbidden Stories* im Juni Reportagen veröffentlichte, die aufzeigen, dass CGN die Umwelt verschmutzt, dass Journalisten ungerechtfertigt angeschuldigt und verfolgt und dass Protestierende bedroht werden. Obwohl der Hauptsitz des Nickelunternehmens in der Schweiz ist, obwohl wir wahrscheinlich nächstes Jahr über die Konzernverantwortungsinitiative abstimmen werden und das Thema von fehlbaren international tätigen Schweizer Unternehmen wöchentlich in unseren Medien behandelt wird, wurden all unsere Bemühungen, den Fall in die Schweizer Medien zu bringen, leider nicht aufgenommen.

Dies ist bezeichnend für Guatemala - und für die Schweiz. Kaum jemand weiss von dem langen Bürgerkrieg, kaum jemand weiss überhaupt, wo Guatemala liegt. Dieses fehlende internationale Interesse an Guatemala erlaubt den Unternehmen, aber vor allem auch den Regierungen, das Land auszubeuten, die Bevölkerung und vor allem die indigene Bevölkerung immer mehr auszugrenzen und in die Armut zu treiben. Die Regierung und staatliche Institutionen bis hin zum lokalen Justizwesen arbeiten kriminellen Unternehmen in die Hände. Solway erwarb die Mine und die Abbaukonzession im Jahr 2011. Auf den damaligen Bergbauminister ist ein internationaler Haftbefehl wegen Korruption ausgestellt, der damalige Präsident Pérez Molina sitzt seit vier Jahren in Untersuchungshaft. Vor dessen Regierungszeit, aber auch noch letztes Jahr, wurden von CGN Bewohner*innen von Dörfern gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Seit Solway die Nickelmine erstanden hat, wurde die Produktion von Nickelerz massiv ausgebaut. Wälder werden abgeholzt, Flüsse und der See verschmutzt und die 2014 in Betrieb genommene Raffinerie stösst giftigen Feinstaub aus, weit über die erlaubten Werte. Das alles stimme nicht, behauptet das Nickelunternehmen und greift Anwälte, Menschenrechtsorganisationen und vor allem die Protestierenden an. Es hält sich nicht an den vom Verfassungsgericht verordneten Stopp ihrer Aktivitäten und arbeitet unbescholten weiter.

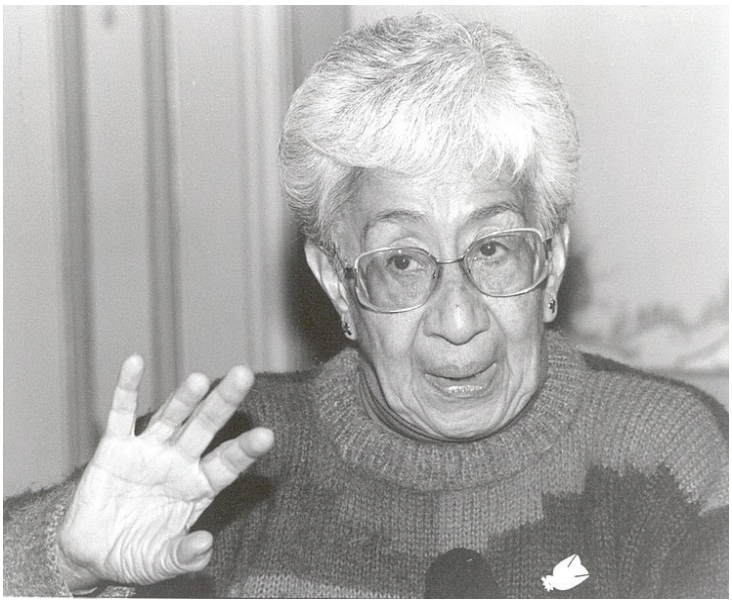
Diesen vom Unternehmen geführten „Wir, die Guten, gegen die Bösen"-Diskurs griff nun auch Präsident Morales auf, als er anfangs September den Notstand über El Estor und 21 weitere Gemeinden verhängte. Tage zuvor wurden drei Soldaten in El Estor unter immer noch ungeklärten Umständen ermordet. Seine Rede zeigt die Zusammenhänge indirekt auf und sein Diskurs erinnert an den eines Komikers: Seine Soldaten würden Flugzeuge der Drogenhändler vom Land aus verfolgen und hätten dadurch mit ihrem Leben bezahlen müssen. Nun würden die Pseudo-Bauern und Pseudo-Menschenrechtler endlich zur Rechenschaft gezogen und ihre kriminellen Aktivitäten im Drogenhandel aufgedeckt werden. Pikantes Detail: Die einzigen zwei Landepisten für Kleinflugzeuge in El Estor sind auf dem Gelände der Nickelmine und auf dem der riesigen Ölpalmplantage der Firma Naturaceites – die übrigens einer mächtigen guatemaltekischen Familie eines Schweizer Einwanderer gehört.

Die Ausgrenzung und Ausbeutung der vorwiegend indigenen Landbevölkerung wird auch in der nächsten Regierung unter dem im August gewählten Präsidenten Giammattei weiter gehen. Er hat sich für die Entwicklung seines Landes ausgesprochen und wird die Ausbeutung der Ressourcen Guatemalas durch Unternehmen fördern. Solway kann also getrost weiter so arbeiten.

Barbara Klitzke

Abschied von Julia Esquivel, unerschrockene Kämpferin für die Menschenrechte

An der Verkehrsader Roosevelt in Guatemala-Stadt, hinter einer von Gras überwachsenen Maya-Pyramide, wo sich einst die Maya-Stadt Kaminaljuyu ausdehnte, steht das Haus von Julia Esquivel. Hier besuchte ich sie in den siebziger Jahren erstmals. Die zierliche, energische Frau mit ihrem eindringlichen Blick strahlte eine Präsenz aus, die jede Begegnung zu einem tiefen, verpflichtenden Erlebnis machte. Dahin kehrte sie nach Jahren im Exil zurück, engagiert und aktiv. Fast hätte ich vor zwei Jahren ihr Haus in der aufstrebenden Urbanität nicht mehr gefunden.



Julia Esquivel Foto: prensa comunitaria

Julia Esquivel, am 3. Mai 1930 im Hochland von San Marcos geboren, kam 5-jährig in die Hauptstadt. Als Kind packte sie die Passionsgeschichte so stark, dass sie Theologin wurde, Bibelkunde unterrichtete und mit jugendlichen Gefangenen und Strassenkindern arbeitete. Sie vertiefte ihre Erfahrungen 1969-70 am Ökumenischen Institut in Bossey, Schweiz. Dann wurde sie in der armen Gemeinde San Pedro Ayampuc Mitglied der Pfarreiequipe. Die Leute lernten Bibeltexte auslegen und Auswege finden aus ihrer elenden Situation. Es entstand ein Programm ländlicher Entwicklung und Bewusstseinsbildung und führte zum Einstieg von HEKS in Guatemala.

Bewusstseinsarbeit machte Julia auch mit Weberinnen. Einmal fuhr ich mit ihr zu einem Treffen in Comalapa. Im Innenhof schälten Männer und Kinder die geernteten Maiskolben. Die Blätter, Stängel und Kolben wurden getrocknet und aufbewahrt zum Gebrauch. Ihnen gegenüber hockte eine scheue junge Frau mit ihrem Webgerät. Später erinnerte mich Julia an diesen Besuch. Rosalina wurde eine mutige Kämpferin und Rednerin, notgedrungen, denn ihr Vater war entführt und ermordet worden, ihr Mann erlitt dasselbe Schicksal. In den kriegerischen achtziger Jahren startete Rosalina Tuyuc die Selbsthilfeorganisation Conavigua, Vereinigung der Witwen, für die sie sich bis heute unermüdlich einsetzt.

1970 gründete Julia die ökumenische Zeitschrift „Diálogo“ mit theologischen Reflexionen, sozialen Analysen und Zeugnissen über Menschenrechtsverletzungen. Ebenso war sie 1977 Mitbegründerin der Organisation Pro Justicia y Paz zur Wahrung der Menschenrechte und Entsendung von Delegationen. Ihr Engagement wurde zunehmend gefährlich für Julia. Im Februar 1977 misslang ihre Entführung. 1979 versuchten schwer bewaffnete Männer dies erneut. Ende desselben Jahres wollte das Militär sie ermorden. Als am 31. Januar 1980 Soldaten Feuerpetarden in die spanische Botschaft warfen und 37 Campesinos lebendigen Leibes verbrannten, die sich Gehör verschaffen wollten, ging Julia ins Exil nach Mexiko, dann in die Schweiz, wo sie in der Kommunität der Schwestern von Grandchamp aufgenommen wurde. Erst 1987 wagte sie eine Rückkehr nach Mexiko und später nach Guatemala, besuchte aber regelmässig für längere Zeit ihr Refugium Grandchamp.

Im Exil wurde Julia die Stimme Guatemalas. 1980 war sie Hauptrednerin an der Missionskonferenz des Weltkirchenrates in Melbourne. Sie sprach an vielen Foren, Konferenzen und in Gemeinden, vor der UNO-Menschenrechtskommission oder sie vermittelte ZeugeInnen wie Rigoberta Menchú, um das Unrecht in Guatemala zur Sprache zu bringen. Nun kam auch die Lyrikerin voll zum Zug. In ihren Gedichten aus der Perspektive der Frau und der leidenden Menschen Guatemalas leuchtet durch den Schmerz, den Schrei nach Gerechtigkeit und die tiefe Gläubigkeit, ihre unerschütterliche Hoffnung, dass der Tag kommen wird, an welchem Guatemala neu erblüht.

Tildy Hanhart

Ixquisis und die Macht der Kultur

Als ich die Feldforschung für meine Masterarbeit in Ixquisis im letzten Frühling begann, war meine Vorstellung des Konflikts noch geprägt von einem mehr oder weniger klaren Dualismus zwischen indigenem, bäuerlichem Widerstand und dem Konglomerat aus Unternehmen, Korruption und Politik. Vor Ort anzukommen hiess, mit der lokalen Realität konfrontiert zu sein und mit Misstrauen gegenüber jedem - ganz besonders gegenüber mir. In einem Kontext wie Ixquisis zu forschen heisst, sich positionieren zu müssen – für oder gegen den Widerstand bzw. die Wasserkraftwerke. Nichts bleibt geheim in den kleinen Gemeinden Ixquisis und San Mateo Ixtatáns, in denen jeder jeden kennt. Warum aber diese Spaltung, die auch Comunidades ausserhalb von Ixquisis umfasst? Und: liegt die Ursache wirklich nur in den Wasserkraftwerken?

Ixquisis und seine indigenen Intellektuellen

Der Fokus meiner Forschung liegt auf den Personen, welche die sozialen Bewegung in Ixquisis und San Mateo Ixtatán repräsentieren, organisieren und zusammenhalten. Allen gemeinsam ist, dass sie für längere Zeit fernab der Heimat gelebt haben, um zu arbeiten oder zu studieren und dann wieder nach Ixquisis zurückgekehrt sind, um sich dort in sozialen und indigenen Bewegungen zu engagieren. Neben den gewonnen Erfahrungen und Fähigkeiten sowie den oftmals besseren finanziellen Möglichkeiten dieser Rückkehrer*innen bringen sie jedoch noch eine andere Komponente in den lokalen Diskurs mit ein: Die Fähigkeit, die Kosmovision der Chuj-Maya für die westliche Denkweise verständlich zu machen. Für die Anthropologin Joanne Rappaport sind „indigene Intellektuelle“ und „kulturelle Aktivist*innen“ durch ihre Übersetzungsleistung auch verantwortlich für die kulturelle Deutungshoheit in einer Gesellschaft. Sie beeinflussen also, was als indigen gilt und wie eine solche Identität in Politik und Alltag eine Rolle zu spielen hat. Die Widerstandsbewegung in Ixquisis ist ein Beispiel für ein solches Projekt, dass durch indigene Intellektuelle gegründet wurde. Marco Ruíz (Pseudonym), einer der Repräsentanten der Resistencia Pacífica de Ixquisis, meinte dazu: „Die Berufung auf die eigene Maya-Identität, die untrennbar mit dem Territorium und der Umwelt verbunden ist, bedingt, dass die Zerstörung derselben durch die Wasserkraftwerke verhindert werden muss.“

Eine Schule als Mittel zur Macht

In San Mateo hatte ich die Möglichkeit, mich mit einem zweiten sozialen Projekt auseinanderzusetzen, der vor knapp zwanzig Jahren gegründeten Sprachakademie. Diese Institution wurde auf Initiative von Einheimischen in Zusammenarbeit mit ausländischen Geldgebern ins Leben gerufen und ist heute das einzige Zentrum für die Dokumentation und Lehre der Chuj-Sprache. In der Annahme, dass die Verantwortlichen der Schule sich mit der Widerstandsbewegung solidarisch zeigen, stattete ich ihnen mehrere Besuche ab und führte Interviews durch. Entgegen meinen Erwartungen stellte sich heraus, dass die Mitarbeitenden der Sprachschule sich zwar in vielen anderen sozialen Projekten wie der ökologischen Landwirtschaft engagieren, den Widerstand gegen die Kraftwerksprojekte jedoch rundum ablehnen. Mehr noch äusserten sie Sympathien für die Politik des Bürgermeisters Andrés Alonzo, der den Bau der Kraftwerke in seinem Wahlkampf als Entwicklungsmotor für die „rückständige“ Region propagierte, um die stetige Migration und den damit einhergehenden Verlust der Chuj-Kultur einzudämmen. Es war sein Bruder, der nach dem Studium in der Hauptstadt auf die Idee kam, die Sprachschule zu gründen. Überraschend zu hören war für mich auch, dass einer der wichtigsten Förderer und Abgänger der Schule Ambrosio Santizo ist. Santizo verhandelt gerade mit dem Energieunternehmen und der Lokalregierung, im Beisein des Bischofs von Huehuetenango und des deutschen Botschafters, einen „Friedensvertrag“ und repräsentiert dabei angeblich die Lokalbevölkerung von Ixquisis. Was mit diesen Beispielen sichtbar wird, sind die Konfliktlinien, die sich nicht unbedingt entlang kultureller Grenzen bewegen, sondern von verschiedenen Akteuren abhängig sind, die eine Chuj-Identität unterschiedlich auslegen und auch politisch nutzbar machen. Während eines der letzten Interviews in der Sprachschule wurde mir

auch nahe gelegt, die Region zu verlassen oder mich auf die Seite des Bürgermeisters schlagen, da Fremde wegen Einmischung in solche Konflikte auch schon gelyncht wurden. Der Druck mich zu positionieren war aber auch von der Resistencia Pacífica zu spüren.

Das Erbe des Krieges

Was aber verursacht nun diese Spaltung, die sich sogar quer durch Familien zieht und selbst von Aussenstehenden eine Positionierung verlangt? Ein Grund ist sicherlich die von NGOs angeprangerte Strategie der Unternehmen, soziale Spaltung durch Bestechung, Diffamierung und falsche Versprechungen zu provozieren. Sie alleine erklärt aber noch nicht die Verwerfungen unter den indigenen Intellektuellen, die schon vor dem Bau der Kraftwerke bestanden. Sie beantwortet auch nicht die Frage, warum die verschiedenen Bewegungen den Identitätsdiskurs intern aushandeln und dann zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Die guatemaltekische Anthropologin Ruth Piedrasanta hat sich in den späten 90er Jahren intensiv mit der Geschichte der Region im Norden Huehuetenangos befasst. Ihrer Ansicht nach war die Zeit des Bürgerkriegs prägend für die sozialen Konflikte, die heute noch in der Region vorherrschen. In den Bezirken im Norden des Departaments tobte der Krieg gegen die indigene Bevölkerung mit besonderer Grausamkeit, ganze Dörfer wurden ausgelöscht und ein Grossteil der Bevölkerung vertrieben. Infolgedessen eigneten sich neue Siedler und Rückkehrer verlassene Ländereien an, häufig unter Gewaltanwendung und mit der Hilfe von Ex-Militärs und ehemaligen Guerillakämpfern. Ein Epizentrum dieser Vorgänge war das nahe Städtchen Bulej, einige der wenigen Siedlungen die auf eine über 400 jährige Geschichte zurückblicken kann. Piedrasanta schildert, wie in Bulej nach dem Bürgerkrieg eine handvoll Familien durch den neuen Landbesitz ihre Macht ausbauten. Namentlich erwähnt sie dabei die Familenclans die am meisten profitierten – darunter die Santizos und die Alonzos. Die Identitätspolitik dieser mächtigen Familien diente in einer frühen Phase des Postkonfliktes der Legitimierung des eigenen Besitzes. In der Gegenwart ist dieser Mechanismus immer noch zu spüren, denn in einer chuj-geprägten Bevölkerung droht der Machtverlust, wenn es die indigenen Intellektuellen nicht mehr schaffen, die Diskurshegemonie über Identität und Kultur zu bewahren. Auch die indigenen Intellektuellen der Widerstandsbewegung müssen in diesem Kampf um Macht bestehen, einige von ihnen haben bei den letzten Kommunalwahlen mit Parteien kooperiert und kandidiert. Dennoch hat die Resistencia Pacífica einen schweren Stand, da sie nicht auf die Hilfe von Unternehmen und korrupten Politkern zählen kann. Keiner der Kandidat*innen wurde in ein Amt gewählt.

Wo stehen wir heute?

Die Konfliktsituation in Ixquisis ist durch die Präsenz des Energieunternehmens und seiner internationalen Investoren nicht entstanden, jedoch massiv verschärft worden. Aus einer dekolonialistischen Perspektive lässt sich festhalten, dass die heutigen lokalen Machtstrukturen, die aus einem Postkonfliktkontext stammen und sich häufig jenseits demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien bewegen, zugunsten der „Entwicklung" gestärkt wurden. Die Kontroverse um die Kraftwerke ist zu einem kulturellen Konflikt gemacht geworden, dem man sich nicht entziehen kann. Diejenigen indigenen Intellektuellen, die in ihrer Auslegung von einer Chuj-Identität und Kultur nicht nur das Recht auf mehr Wohlstand sondern auch die Menschenrechte und den Respekt vor der eigenen Herkunft und Vergangenheit vertreten, werden es immer schwerer haben, sich durchzusetzen. Oder wie mir einer der Ältesten der Resistencia sagte: „Alle reden immer darüber, wie sie die Chuj in ein besseres Leben führen werden. Wenn sie behaupten für die Chuj zu sprechen nehmen sie uns alles, denn was hier auf dem Spiel steht ist nicht die Entwicklung, sondern der Fortgang einer Welt."

Manuel Respondek

Im Bulletin Nr. 62, vom Januar 2019 berichteten wir über den Widerstand in Ixquisis /Huehuetenango.

In Kürze

Veranstaltungen

Montag, 11. November 2019, 18.30 Uhr
Haus am Lindentor, Hirschengraben 7 (H7), 8001 Zürich

Der Konflikt um drei Wasserkraftwerke in Ixquisis scheint auf den ersten Blick ein klassischer Ressourcenkonflikt zu sein, in dem indigene Bewegungen gegen ein Konglomerat aus Unternehmen, Sicherheitskräfte und korrupten Politikern Widerstand leisten. Beim näherer Betrachtung ist die Lage wesentlich komplexer: Welche Rolle spielen die Vergangenheit und lokale Machtverhältnisse? Wie bemisst man den Einfluss von europäischen Banken und dem allgegenwärtigen Entwicklungsdiskurs? Und wo bleibt Raum für Menschenrechte und Aktivismus? Der Einblick in die aktuelle Forschung in Ixquisis soll diese und weitere Fragen erörtern.

Manuel Respondek war 2017 als Freiwilliger mit Peace Watch Switzerland in Guatemala, ist Mitglied von Carea e.V und studiert Anthropologie und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg.

Freitag, 29. November 2019, ab 19 Uhr
Pfarreizentrum, Niederuzwil, 9244 Uzwil
Die Guatemala-Gruppe Uzwil lädt ab 19 Uhr ein zu ihrem Jahresbericht. Um 20 Uhr werden Barbara Klitzke vom Guatemala-Netz Zürich und Journalist*innen der prensa comunitaria an einer Veranstaltung in Uzwil über die Machenschaften des Nickelunternehmens CGN in El Estor sprechen.

Besuchen Sie uns auf Facebook!
Guatemala-Netz Zürich ist auf Facebook und bringt regelmässig Nachrichten zu aktuellen Geschehnissen aus und um Guatemala. Bleiben Sie dran: www.facebook.com/Guatemala-Netz-Zürich

Impressum:
Nr. 64, 14.10.2019
Erscheint 2 bis 4 mal jährlich
von: Guatemala-Netz Zürich
http://ww.guatemalanetz-zuerich.ch
mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch
Redaktion: Barbara Klitzke
Lektorat: Barbara Müller
Layout: Barbara Klitzke
Administration: Silvia Brennwald
Josefstrasse 172, 8005 Zürich
mailto: silvia.brennwald@bluewin.ch
PC 87-674612-1
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Die CICIG beendet ihr 12 Jahre dauerndes Mandat

„Guatemala: Ein gefangener Staat“ lautet der Titel des letzten Berichts der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit und Korruption, CICIG, nachdem Präsident Morales das Mandat der CICIG nach über 12 Jahren Arbeit kündete. Morales erklärte den Leiter der UNO-Kommission CICIG, Iván Vélasquez, bereits 2017 zur *persona non grata*. Am 31. August 2018 kündete Präsident Morales das Mandat der CICIG und verbot die Einreise des Kommissionärs und seines Teams. Die CICIG hatte bis tief in die Regierung vernetzte kriminelle Strukturen offengelegt.
Das Verfassungsgericht verfügte, dass die einseitige Beendigung des Mandats sowie die Erklärung des Kommissärs als persona non grata nicht rechtens sei.
Im Oktober 2019 gründete der guatemaltekische Kongress eine Anti-CICIG-Kommission, um die kriminellen Machenschaften der CICG zu untersuchen und lädt ‚Opfer‘ der CICG für Interviews ein.
Das Verfassungsgericht erklärte auch diese Kommission als widerrechtlich. Aber wie bei allen Verfügungen hält sich die Regierung nicht an diese. Wie Iván Velásquez erklärte, ist der Rechtsstaat in Guatemala gebrochen.

Internationale Zusammenarbeit der Schweiz

In seinem Strategieentwurf zur internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2021 - 2024 sieht der Bundesrat vor, die Entwicklungszusammenarbeit stärker an die wirtschaftlichen und migrationspolitischen Interessen der Schweiz zu knüpfen. Geplant ist unter anderem ein weitgehender Rückzug der bilateralen Programme der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit DEZA aus Lateinamerika. Da die Federführung der Menschenrechtsprojekte in Zentralamerika bei der DEZA liegt, wäre diese von Menschenrechtskrisen gebeutelte Region vom Rückzug besonders betroffen. In seiner Vernehmlassungsantwort spricht sich das Guatemala-Netz Zürich klar gegen dieses Ansinnen aus.

Sie können die Antwort auf unserer hompepage unter Aktuelles einsehen: guatemalanetz-zuerich.ch/aktuelles

Gewählter Präsident

Im Januar 2020 wird der konservative Alejandro Giammattei die Nachfolge von Jimmy Morales antreten. In der Stichwahl vom 11. August setzte er sich mit knapp 60 Prozent der Stimmen klar gegen die ehemalige First Lady Sandra Torres durch. Am zweiten Wahlgang beteiligte sich nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten. Giammattei von der rechten Partei VAMOS gehört der etablierten Machtelite an und setzt sich weder für die Korruptionsbekämpfung noch für dringend nötige politische und soziale Reformen ein.